

Antworten von Die Linke Baden-Württemberg:

Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Kunstschulen zur Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg

1. 3 x Ja. Die Linke setzt sich grundsätzlich für höhere Landesmittel für Kultur in den Kommunen ein. Wir fordern explizit, dass kulturelle Bildung ausgebaut werden muss und Programme für Kinder, Jugendliche und Senior*innen mehr finanzielle und strukturelle Unterstützung benötigen. Zudem wollen wir Kunst und Kultur zu den Menschen bringen und Kunstprojekte auch in Stadtteilen und kleineren Kommunen fördern.
2. Die Linke kritisiert die starke Projektabhängigkeit in der Kulturförderung. Wir wollen die Förderung insgesamt nachhaltiger, unbürokratischer, autonomer und weniger projektorientiert gestalten. Unser Ziel sind verlässliche Förderstrukturen und Planungssicherheit statt Projektabhängigkeit. Wenn Projektmittel vergeben werden, sollen diese unbürokratisch zugänglich sein.
3. Kulturelle Bildung hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Wir fordern den Ausbau der kulturellen Bildung, insbesondere von Theaterpädagogik und Schulk Kooperationen, und wollen diese finanziell und strukturell stärker unterstützen. Wir wollen die Ganztagsschule ausbauen und dort externe Angebote, unter anderem aus dem musischen und kreativen Bereich, integrieren. Außerunterrichtliche Bildungsangebote tragen zur Vielfalt der Bildungslandschaften bei und müssen auskömmlich finanziert werden. Kulturelle Bildung sollte zudem fester Bestandteil der Lehrerbildung werden.

3b) Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Lösungen suchen, um außerunterrichtliche Angebote der kulturellen Bildung, etwa in Form von Ganztagsschul-AGs oder Projektwochen, zu realisieren. Auf Bundesebene haben wir uns bereits für die Entfristung und finanzielle Aufstockung von Programmen wie „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ eingesetzt.
4. Ja, wir würden es unterstützen.

4b) Die Linke fordert, dass Kulturförderung an soziale Standards geknüpft wird. Dazu gehören branchenspezifische Honoraruntergrenzen, damit Kulturschaffende von ihrer Arbeit leben können. Wir setzen uns für verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit ein. Auf Bundesebene wollen wir die Künstlersozialkasse (KSK) stärken, den Bundeszuschuss erhöhen und sie für weitere Berufsgruppen öffnen. Zudem fordern wir die Einbeziehung aller Erwerbstätigen, auch Solo-Selbstständiger, in die gesetzliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung, um Altersarmut zu verhindern.

5. Ja. Wir fordern explizit den Ausbau von Programmen der kulturellen Bildung auch für Senior*innen. Kulturelle Teilhabe soll generationenübergreifend und inklusiv gestaltet werden.

5 b) Die Linke versteht Bildung als lebenslangen Prozess. Wir wollen eine plurale Weiterbildungslandschaft erhalten und stärken. Lebenslanges Lernen und qualitativ hochwertige Bildungsteilhabe müssen allen ermöglicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu lebenslangem Lernen über Weiterbildungs- und allgemeine Bildungsangebote ohne zusätzliche steuerliche Belastungen möglich bleibt.

6. Ja, wir stehen hinter der Notwendigkeit einer mit den Aufgaben wachsenden Verbandsarbeit.

6 b) Ja, wir befürworten einen Aufwuchs der Mittel für die Geschäftsstelle um rund 60.000 Euro.

7. Wir setzen uns generell für höhere Landesmittel für Kultur in den Kommunen ein. Zudem fordern wir, dass die Finanzierung der Weiterbildungsträger so gestaltet ist, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen möglich sind, und setzen uns für deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen ein.

7 b) Wir fordern einen Weiterbildungsfonds für Beschäftigte, der von Unternehmen finanziert wird. Zudem wollen wir, dass Soloselbstständige und Freiberufler*innen im Kultur- und Bildungsbereich Zugang zu Weiterbildungsförderung erhalten und Honorare so gestaltet sind, dass sie Weiterbildungen ermöglichen. Digitale Kompetenzen müssen auch in der Erwachsenenbildung gefördert werden.